

„Wir bringen euch alle um“

SPD- und CDU-Länder planen ein Verbot der Neonazi-Partei FAP

Militante Rechtsextremisten haben das Kommando in der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) übernommen. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) wehrt Forderungen nach einer Auflösung der FAP ab. Nun erwägen CDU- und SPD-Länder, über den Bundesrat ein Verbotverfahren vor dem Karlsruher Bundesverfassungsgericht einzuleiten. Doch Fachleute befürchten, daß auch nach einem Verbot „der Spuk weiter wahren“ werde.

Die Parole der Truppe heißt „Zur Sache stehen“. Daran hält sie sich, bundesweit, auf ihre Weise.

In Witten warfen ihre Aktivisten nachts die Scheiben eines Asylbewerber-Heimes ein und zündeten an der Pforte einen Brandsatz. Den in Panik geratenen Hausbewohnern brüllten sie zu: „Kanaken, raus hier.“

In Gütersloh sprengte ein Stoßtrupp mit dem Schlachtruf „Rotfront verrecke“ den Landeskongreß der Jungsozialisten, prügelte auf Delegierte ein und schoß mit Gaspistolen in die Menge.

Im schleswig-holsteinischen Bad Odesloe stürmte letzten Monat eine Handvoll Sympathisanten eine Diskussionsrunde über Jugendpolitik. Als die Veranstalter die Polizei riefen, wurden sie gewarnt: „Das wird euch noch leid tun.“

Gedroht, geprügelt und gezündelt hatten in allen Fällen Anhänger einer Vereinigung militanter Neonazis, die sich derzeit für die anstehende Europawahl rüstet: der sogenannten Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP).

Nahezu jede Woche attackieren FAP-Anhänger politische Widersacher oder Ausländer mit Spaten und Baseballschlägern, Tränengasgeschossen oder Kampfmessern. Die Neonazis stören Gedenk-

feiern für Nazi-Opfer und terrorisieren politische Gegner mit Morddrohungen: „Volkverräter, Judenschwein, wir bringen euch alle um, Heil Hitler.“

Kaum ein Wahlkampf, in dem FAP-Freunde und -Funktionäre nicht mit ausländischerfeindlichen Flugblatt-Aktionen und martialischen Aufmärschen in dunkler, uniformähnlicher Kluft für Aufsehen sorgen. Allein im jüngst erschienenen „Verfassungsschutzbericht 1987“ werden der Rechtsextremistenpartei „26 Gewalttaten (z.B. Brandanschläge, Überfälle, Körperverletzung, schwere Sachbeschädigungen)“ zugerechnet.

Gegen mehr als 300 FAP-Anhänger wurden im vergangenen Jahr Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung, Landfriedensbruch oder Verbreitung nationalsozialistischer Propaganda eingeleitet. Und die Gewaltbereitschaft der Truppe wird womöglich weiter wachsen.

Im vergangenen Monat haben zwei für ihre Militanz bekannte FAP-Aktivisten die Führung der Partei übernommen. Auf ihrer Bundesversammlung im Gasthaus „Lamm“ in Scharnhäuser bei Stuttgart wählten rund 50 Delegierte den Münch-

* Bei einer Auseinandersetzung mit Mitgliedern der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“, 1984 in Wiehl (Nordrhein-Westfalen).



8,5%
Zinsen p.a.
sind kein
Märchen!
Und es
lohnt sich
noch, bei
uns zu
sparen.
Ausserdem
hier
steuerfrei.

Information

Name

Adresse

sp 50

Den Københavnske Bank af 1979 aktieselskab

The Bank of Copenhagen
Established 1979 Ltd./AS

Østergade 6, DK-1100 Kopenhagen,
Dänemark, 0045 1 11 15 15.



FAP-Funktionär Borchardt (3.v.r.), Skinheads*: „Neonazistischer Ungeist“



FAP-Gründer Pape
Als harmloser Spinner belächelt



FAP-Vorsitzender Busse
Von ultrarechts gestärkt

ner Friedhelm Busse, 59, zum Bundesvorsitzenden, Stellvertreter wurde der Dortmunder Siegfried Borchardt, 35, Spitzname: „SS-Siggi“.

Das Vorstrafenregister der beiden ist lang. Vorsitzender Busse wurde wegen Begünstigung von Bankräubern, Strafreitelung, Hehlerei sowie Waffen- und Sprengstoffbesitzes verurteilt. Borchardt, früher Wortführer des brutalen Dortmunder Fußball-Fanklubs „Borussenfront“, hat wegen Körperverletzung, Landfriedensbruchs und Volksverhetzung zwei Jahre eingesessen.

Bei der strafrechtlichen Verfolgung einzelner FAP-Mitglieder wollen es Sicherheitspolitiker unterschiedlicher Couleur nicht belassen. Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor (SPD) und Kollegen aus anderen Bundesländern erwägen, gegen die FAP ein Verbotverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht einzuleiten.

„Die geradezu anstößige neonazistische Propaganda der FAP, ihr unbelehrbares, provozierendes Auftreten gegenüber Demokraten und ihr unbelehrbarer neonazistischer Ungeist“, begründet Schnoor die Verbotsinitiative, seien „nicht länger hinnehmbar“. Schnoor: „Unser demokratischer Staat muß zeigen, daß er sich zu wehren weiß.“

Der Vorstoß gilt einem Haufen, der von der Mitgliederzahl her eher unbedeutend ist. Nach Angaben ihres Gründers, des Busse-Vorgängers Martin Pape, 61, zählen die sechs Landesverbände in Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen gerade 1000 eingeschriebene. Verfassungsschützer schätzen, daß sogar nur gut 500 Rechte der FAP angehören – vorwiegend männliche Jugendliche und Heranwachsende, denen die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) noch zu lasch ist.

Auch die Wahlergebnisse sind kümmerlich – sofern die FAP überhaupt die zur Wahlzulassung notwendigen Unterstützer-Stimmen zusammenbekommt. Den größten Erfolg verzeichnete die FAP bei den Landtagswahlen 1985 in Nordrhein-Westfalen: 929 Stimmen.

Votiert hatten diese Wähler für ein krauses Programm, das sich der Stuttgarter Lehrer und Kaufmann im Ruhestand Pape ausgedacht hat. Die Rede ist von einem neutralen Gesamt Vaterland in „germanischer und preußisch-deutscher Tradition“, aber auch vom Recycling von „allem halbwegs verwertbaren Altpapier“.

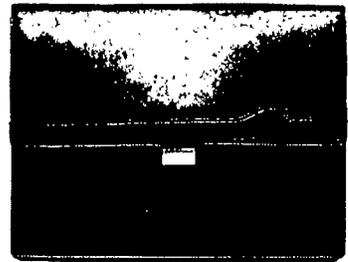
Die Partei, 1979 gegründet, fand erstmals bundesweite Aufmerksamkeit, nachdem Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) im Dezember 1983 die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA) des militanten Neonazis Michael Kühnen, 33, wegen verfassungsfeindlicher Aktivitäten verboten hatte. Kühnen, verurteilt wegen Verbreitung neonazistischer Propaganda, Volksverhetzung, Gewaltverherrlichung und Aufstachelung zum Rassenhaß, riet daraufhin, in die FAP einzutreten und sie als „legalen Arm der Bewegung“ zu nutzen.

Damit bekam der von Verfassungsschützern als „harmloser Spinner“ belächelte Pape Zuwachs aus dem ultrarechten Lager: In Reden und Schriften hatten ANS/NA-Funktionäre zuvor beispielsweise die „Aufhebung des NSDAP-Verbots, Ausländerrückführung und ein unabhängiges Großdeutschland“ gefordert. „Unser Traum“, umriß Kühnen das Ziel seines Zirkels, „ist eine Art europäische SA, deren Aktivisten als Politische Soldaten des Nationalsozialismus die Straßen freikämpfen und die feindlichen Anschauungen und Organisationen niederbringen.“ Kühnen ist offiziell nicht Mit-

Esquire
LEATHER GOODS



STIL IN SACHEN LEDER



STIL IN SACHEN LEDER



ESQUIRE-LEDERWAREN

finden Sie

im guten Fachgeschäft.

Informationsprospekt

erhalten Sie von

ESQUIRE-LEDERWAREN,

RUPP & RICKER GmbH,

Postfach 1160, 6054 Rodgau 1.

Esquire
LEATHER GOODS

STIL IN SACHEN LEDER

„In Adolf-Hitler-Platz umbenennen“

Der Neonazi Michael Kühnen will die Stadt Langen „ausländerfrei“ machen

Bislang war das hessische Städtchen Langen vor allem für sein traditionelles „Abbelwoi-Fest“ bekannt. Seit der Neonazi Michael Kühnen, 33, jedoch mit seiner Wählerinitiative „Nationale Sammlung“ (NS) in Langen zu einer „politischen Durchbruchschlacht“ für die hessischen Kommunalwahlen im März rüstet, droht die 30 000-Einwohner-Gemeinde als braunes Nest in Verruf zu geraten.

Mit der rassistischen Parole „Ausländer raus“ strebt die NS in der Frankfurter Trabantenstadt Sitz und Stimme im Stadtparlament an. Die Ansiedlung, proklamieren Propagandaschriften, „soll die erste ausländerfreie Stadt“ in der Bundesrepublik werden: „Langen wird ein Zeichen für Deutschland setzen.“

Dem Ort, in dem seit eh und je Sozialdemokraten den Bürgermeister stellen, hat Kühnen schwere Zeiten angedroht. Stimmen will er vor allem durch einen „Wahlkampf auf der Straße“ gewinnen. Bundesweit sollen Wahlhelfer rekrutiert werden. Bis zu 150 Getreue will Kühnen „aufmarschieren“ lassen „zu Fackelmärschen und anderen Dingen mehr“.

Einen Vorgeschmack haben die Langener bereits bekommen. In der Stadt wimmelt es von Handzetteln, Faltblättern und Exemplaren der Wahlkampfzeitung „Der Sturm“, in denen gegen die „Asylanten- und Gastarbeiterflut“ Stimmung gemacht wird. Wände, Schilder und Plakate sind mit Hakenkreuzen und Parolen besprüht. Damit die Schmierereien rasch beseitigt werden, stellt die Stadtverwaltung Farbe und Arbeitsmaterial.

Randalierende Neonazi-Trupps haben schon mehrfach für Aufsehen gesorgt. Mal störten 15 Mann eine Mahnveranstaltung für Opfer des Nationalsozialismus. Dann wieder kreuzten Rechte mit „Rotfront ver-

recke“-Gebrüll auf einem Fest der örtlichen Friedensinitiative auf.

Das bloße Gerücht, ein aus dem gesamten Bundesgebiet zusammengezogenes Rollkommando wolle Ausländerkinder jagen, löste bei Eltern und Schülern Panik aus. Lehrer ließen die Kinder in der Frühstückspause nicht mehr auf den Hof, ängstliche Eltern behielten sie vorsorglich gleich zu Hause. In hilfloser Empörung über die rechten Umtriebe hat das Stadtparlament in einer „Lange-

anzukommen. Immerhin zählt Langen gut 4000 Ausländer.

Die NS-Truppe will bei der Kommunalwahl im März zwar auch in Frankfurt antreten, sieht dort aber kaum Chancen. Kühnen: „Frankfurt ist für uns nur als Medienstadt interessant.“ In Langen hofft die Mannschaft gut abzuschneiden: „Der Boden“, tönt Reisz, „ist bereitet.“ Kühnen phantasiert schon von Anträgen, „den Marktplatz in Adolf-Hitler-Platz umzubenenen oder so etwas“.



„Nationale Sammlung“-Führer Kühnen, Gefolgsleute*: „Der Boden ist bereitet“

ner Erklärung „von der Bundesregierung Unterstützung“ im „Kampf gegen die Neonazis“ gefordert.

Daß Langen zum „Zentrum der Bewegung“ proklamiert wurde, erklärt Kühnen zum einen mit einem „gewissen biographischen Zufall“: In Langen war er, nach seiner Haftentlassung im März, bei dem Rechtsradikalen Heinz Reisz, 50, untergeschlüpft. Der Brunnenbauer ist unter Kühnen Spitzenkandidat. Zum anderen wurde Langen ausgewählt, weil schätzungsweise ein Drittel der Einwohner deutschstämmige Aussiedler sind. Bei denen hofft Kühnen wegen ihres Hangs zur Volkstümelei mit seiner Fremden-Hetze besonders gut

* Mit dem Langener Spitzenkandidaten Reisz (2.v.l.); am Mittwoch letzter Woche in Frankfurt.

Kommunalpolitiker wie der Grüne Horst Adamitz vermuten, daß die NS „im Null-Komma-Bereich landet“. Als die NPD 1984 bei der Europawahl antrat, brachte es die Rechtsgruppe nur auf 203 Stimmen. Nach Beobachtungen von Verfassungsschützern kann die NS nicht einmal die 90 Unterstützerstimmen für die Wahlzulassung zusammenkratzen.

Daß die NS-Aktionen in Straßenterror wie einst im Reich münden werden, bezweifeln Szene-Kenner. Der Verfassungsschutz schätzt die Truppe auf „maximal 40 Mann im Rhein-Main-Gebiet“. Für den Fall, daß sie massiv aufmarschieren sollte, haben Frankfurter Autonome signalisiert, sie wollten auch mitmischen. Ein Verfassungsschützer: „Da zieht Kühnen den kürzeren.“

glied der FAP, sondern hilft derzeit einer „Nationalen Sammlung“, die im März im südhessischen Langen zur Kommunalwahl antreten und die Gemeinde zur „ersten ausländerfreien Stadt“ Deutschlands machen will (siehe Kasten Seite 54). Doch seit Kühnen empfohlen hat, bei der FAP einzusteigen, ist die Partei, so der Verfassungsschutzbericht 1987, „weitgehend“ von Kühnens Konsorten „unterwandert und gesteuert“.

Geschickt nutzten die Mitstreiter die Pape-Organisation, um in Wahlkämpfen, ganz legal, ihre braune Propaganda („Türken raus, Rassenmischung ist Völkermord“) unters Volk zu bringen. Schwerpunkte der FAP-Arbeit sind Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen.

Als einige ihrer Streitgefährten inhaftiert wurden, drohten Mitglieder der NRW-Sektion mit gezieltem Terror. Wer „politische Gefangene schafft“, schreiben die „FAP-Nachrichten“, laut Untertitel das „Kampfblatt der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“, dürfe sich „nicht wundern, wenn er eines Tages eine RAF“ bekomme – eine „Rechte Armee Fraktion“.

„In Nordrhein-Westfalen“, resümiert der jüngste Verfassungsschutzbericht, „wurden allein 44 Prozent der im gesamten Bundesgebiet erfaßten Gesetzesverletzungen mit FAP-Hintergrund begangen.“ Sozialdemokraten, Grüne, Gewerkschafter und einstmalige Nazi-Verfolgte aus NRW waren es, die, bestärkt durch mehr als 50 000 Unterschriften empörter Bürger, vor zwei Jahren erstmals auf ein Verbot drängten.

Das jedoch ist nicht so einfach zu erreichen wie das Verbot der ANS/NA. Denn während die alte Kühnen-Truppe wegen ihrer verfassungsfeindlichen Ziele durch eine Verfügung des Innenministeriums aufgelöst werden konnte, darf eine Partei nur vom Verfassungsgericht verboten werden. Einleiten kann ein Verfahren zum Verbot einer bundesweit aktiven Partei nur die Bundesregierung, der Bundestag oder der Bundesrat.

Bislang haben die Richter, jeweils auf Antrag der Bundesregierung, erst zwei – bis heute umstrittene – Parteiverbote ausgesprochen. 1952 lösten sie die Sozialistische Reichspartei (SRP) auf, weil deren Programm stellenweise mit dem der NSDAP identisch war. 1956 verbot das Bundesverfassungsgericht die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) wegen Verfassungswidrigkeit.

Den Schnoor-Antrag auf Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die FAP beschied Bundesinnenminister Zimmermann letztes Jahr abschlägig. Nach einer „Gesamtwürdigung“ des FAP-Programms, hatte bereits zuvor Zimmermanns Staatssekretär und Parteifreund Carl-Dieter Spranger befunden, könnten „eindeutig rechtsextremistische Tendenzen nicht festgestellt werden“. Tatsächlich heißt es im FAP-Programm und in Erklärungen, die Partei wolle Rechtsstaat

Postgenehmigt
mit Prüfnummer



Die einfachste Art, Ihre Bewegungsfreiheit wiederzugewinnen.

Das schnurlose Telefon von stabo



Keine Schnur hindert Sie mehr daran, bis 300 Meter im Umkreis des Basisapparats frei zu telefonieren.

In diesem Bereich können Sie das Telefon überallhin mitnehmen, sind ständig erreichbar und können selbst jede Telefonnummer anwählen.

Information anfordern!

stabo

Hans Kolbe & Co. - Stabo Funktechnik
Postfach 100750 · 3200 Hildesheim
Tel. (05121) 7620-0 · Fax 512979
Telex 927261 stabo d

Stellen Sie sich vor:

Sie bekommen Ihre »Persönliche Chronik« jetzt kostenlos beim Buchhändler



Erleben Sie die einzigartige Faszination, die von der Frage ausgeht: Was ist in dem Jahr und an dem Tag geschehen, als ich auf die Welt gekommen bin? Wie haben die Menschen damals gelebt, was hat sie bewegt, was haben sie gegessen und getrunken, wer waren die großen Stars, wie war das Wetter?

Die Antwort gibt Ihnen Ihre ganz »Persönliche Chronik« – individuell für Sie aus der »Chronik des 20. Jahrhunderts« zusammengestellt und ausgedruckt. Sie bekommen »Ihre persönliche Chronik« jetzt kostenlos und ohne jede Verpflichtung im Buchhandel, in den Buchabteilungen der Warenhäuser und bei montanus aktuell – für sich selbst und als ganz persönliches Geschenk für Ihre Verwandten und Freunde. Weitere Informationen vom Chronik Verlag, 46 Dortmund.

Die Chronik.
Schauplatz der Geschichte



Beiträge Band 97 u.a.: Technomagisches - Ende des Imaginären? - Medien - Parks - Labors - Die Muse in der Steckdose - Künstlerische Bilder und Technowissenschaft - Kunst und neue Technologien - Die Antiquarische Herausforderung - Alle Revolutionen sind technische Revolutionen - Zoosystemiker - Mediale Anagramme - Design zwischen Technik und Phantasie - Beiträge u.a. von Vilém Flusser, Frank Popper, David Galloway, Jürgen Claus, Florian Rötzer (Hrsg.)

WAS MACHT DIE KUNST?

KUNSTFORUM geht dieser Frage seit 15 Jahren nach. Und findet immer neue Antworten. Klar in der Form und kritisch im Blick werden sie alle zwei Monate dokumentiert und als Kunstzeitschrift im Buchformat publiziert: auf mehr als 360 Seiten, mit über 400 meist farbigen Abbildungen und umfangreichen Nachrichtentellen von höchstem Gebrauchswert. So ist eine lebendige Enzyklopädie zur Kunst der Zeit entstanden. Ein wertvolles Werk, das ständig weiterwächst.

KUNSTFORUM kennt keine Grenzen. Jeder Band bietet einen umfassenden Überblick zum internationalen Stand der Bildenden Kunst. Berücksichtigt werden dabei Malerei, Bildhauerei und Grafik, aber auch Architektur, Design, Fotografie, Performance und Neue Medien wie Video und Computer Art. Und jeder Band hat einen thematischen Schwerpunkt: zur Dokumentation einer neuen Richtung, einer heißen Szene oder einer großen Ausstellung.

KUNSTFORUM betrachtet die Kunst nicht als Selbstzweck. Darum werden wichtige Entwicklungen auch nicht isoliert dargestellt, sondern in größeren Zusammenhängen. Den Kontext bilden Themen wie z.B. Wissenschaft, Wirtschaft, Ökologie oder Neue Technologien. Im Frühjahr erscheint Band 100 mit dem Thema „Kunst und Philosophie“.

KUNSTFORUM berichtet direkt aus Ateliers und Ausstellungen. Namhafte Autoren liefern authentische Beiträge, viele von ihnen exklusiv. Aber nicht nur kompetente Kritiker kommen zu Wort, sondern auch die Künstler, Galeristen und Ausstellungsmacher selbst. Mit Kommentaren, wie sie nicht im Katalog stehen. Bestes Beispiel dafür ist der Band zur letzten documenta: „Kunst auf dem Prüfstand“.

KUNSTFORUM stellt sich auf den Prüfstand. Und schenkt Ihnen den documenta-Band, wenn Sie den Coupon abschicken. Außerdem bekommen Sie die drei letzten Bände für 14 Tage zur Ansicht. Wollen Sie diese Bände behalten und auch die nächsten beziehen, werden Sie nach 2 Wochen automatisch als neuer Abonnent aufgenommen. Der Preis für 6 Bände beträgt in Deutschland DM 150,- mit Einzugs ermäßigt und DM 172,80 gegen Rechnung, Versandkosten extra. Sollte Ihnen das Angebot nicht zusagen, schicken Sie die drei neuen Bände einfach zurück.

An KUNSTFORUM, Bischofsweg 50, D-5000 Köln 51 Bitte schicken Sie mir zu den Bedingungen dieser Anzeige Ihr Testpaket zur Ansicht, mit dem documenta-Sonderband im Wert von DM 29,80, den ich auf jeden Fall kostenlos behalten kann.

DS 49

KUNSTFORUM

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

und Demokratie wahren und ihre Ziele „auf legalem Wege“ ansteuern.

Die Verbotsbefürworter wie Schnoor verweisen auf das Karlsruher SRP-Urteil. Darin ist festgeschrieben, daß „der Wortlaut des Programms und Loyalitätserklärungen... ohne Beweiswert für die wahren Ziele der Partei“ seien. Denn „offizielle Erklärungen der Führenden einer verfassungswidrigen Partei“ könnten durchaus gezielt „zur Verschleierung benutzt“ werden.

Indizien für die wahren Absichten der FAP sieht Schnoor schon in der Wahl ihres Namens und ihrer Symbole. So ähnele das Partei-kürzel dem der NSDAP-Vorläuferin Deutsche Arbeiterpartei: DAP. Das Signet, ein Zahnrad, gleiche dem der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterfront, lediglich das Hakenkreuz fehlt. Und der FAP-Adler mit ausgebreiteten Schwingen prangte früher auf dem Dolch der SS.

Argumentationshilfe findet Schnoor schließlich auch im Verfassungsschutzbericht. „Die FAP“, bestätigen die Ermittler, „lehnt in ihrem tatsächlichen Verhalten die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik ab.“

Wenn Zimmermann weiterhin ein FAP-Verbot abblockt, will Schnoor „notfalls über den Bundesrat Druck machen“. Die Stimmen der sozialdemokratischen Bundesländer sind ihm so gut wie sicher. Ein FAP-Verbot, so der Bremer Senat, sei „ein Erfordernis der Glaubwürdigkeit und Selbstachtung unseres Staats“.

Zur Mehrheit im Bundesrat könnte der SPD-Initiative die Stimme des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht verhelfen: Der Christdemokrat steht unter dem Druck des hannoverschen Landtags, der die CDU/FDP-Regierung mit den Stimmen aller Parteien aufgefordert hat, die „zunehmend rechtsradikalen und neofaschistischen Aktivitäten“ der FAP „unnachsig zu verfolgen“ und einen Verbotsantrag „umgehend zu prüfen“. Als Zeichen, „daß wir entschlossen sind, rechtsextremistische Umtriebe nicht zu dulden“, hat Albrecht seine Zustimmung zu einem Verbotsantrag signalisiert.

Ob ein Verfahren allerdings Erfolg zeitigen würde, ist fraglich. Denn bei einem „derart schweren Eingriff in den demokratischen Willensbildungsprozeß“, vermutet der Frankfurter Verfassungsrechtsexperte Erhard Denninger, werde „Karlsruhe eine sehr sorgfältige Beweisaufnahme vornehmen“. Angesichts der „gegenwärtigen verfassungsgerichtlichen Tendenz zur politischen Enthaltensamkeit“ gibt auch der Bremer Jura-Professor Ulrich K. Preuss dem Antrag „kaum Aussicht auf Erfolg“. Preuss: „Den werden die mit spitzen Fingern anfassen.“ Parteigründer Pape kann Verbotsbetreiber

Ausländer raus!

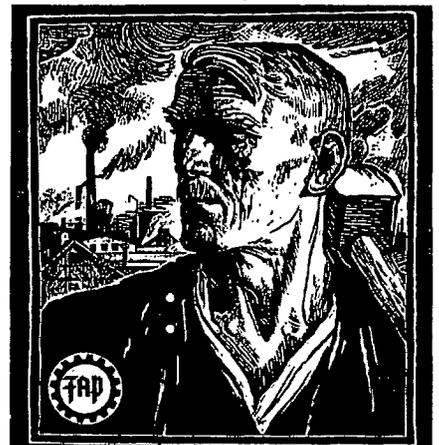


FAP-Niedersachsen
Postfach 51 03 72
3000 Hannover 51

FAP-Aufkleber
„Germanische Tradition“

zudem in Beweisnöte bringen. Er behauptet, daß einige der als FAP-Produkte etikettierten Broschüren und Symbole nicht autorisiert und radikale Funktionen längst ausgeschlossen oder nie Mitglied gewesen seien. Was Kühnen-Anhänger neuerdings im Namen der FAP als Politik verkündeten, habe mit seiner Partei ohnehin nichts zu tun.

Selbst wenn ein Parteiverbot, nach einem womöglich jahrelangen Verfahren, ergehen sollte, sind die Konsequenzen ungewiß. Wahrscheinlich, meinen Fachleute wie der Hamburger Verfassungsschutzchef Christian Lochte, werde auch dann „der Spuk weiter wahren“ – nur „unter anderem Namen“.



Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer!

Freiwirtschaftliche Deutsche Arbeiterpartei **FAP**

1984: Andrea Kretschmer - Postfach 510231 - 4100 Aachen 41 - Eigenbräuel

FAP-Plakat
„Europäische SA“